

# Auf zur Fahrrad-Stadt

In Bonn legen CDU und Grüne einen ausgehandelten Vertrag für ihr Bündnis vor. Ernsthaft strittige Themen gibt es kaum. Der Unionsverhandlungsführer singt das Hohelied der Ökologie.

Von Reiner Burger

BONN, 9. Dezember. Der ehemalige Außenminister Fischer (Grüne) war am Dienstagabend auf dem Petersberg voll des Lobes für führende christliche Demokraten und ihre Rolle bei der europäischen Integration. In seiner Laudatio auf den stellvertretend für das Europarlament mit dem nordrhein-westfälischen Staatspreis ausgezeichneten Jerzy Buzek würdigte Fischer die früheren Kanzler Adenauer und Kohl. Auch Ministerpräsident Rüttgers bedachte Fischer mit Freundlichkeiten. Seine Worte seien jedoch keineswegs mit „schwarz-grünen Hintergedanken“ versehen, schob er nach. Dabei sind CDU und Grüne in der Region längst über die Phase des verschämten Anbandelns hinaus. Wenige Stunden vor Fischers Auftritt legten CDU und Grüne am Dienstag auch in Bonn den soeben ausgehandelten Vertrag für ein Bündnis vor. Die Zustimmung der CDU- und der grünen Basis auf Parteitag am Samstag gilt als sicher.

Politiker beider Seiten gaben sich am Dienstag noch leicht verwundert über den „verantwortungsvollen, spannenden und harmonischen Umgang“ während der Verhandlungen. Schließlich wäre Schwarz-Grün in der Bonner Kommunalpolitik noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen – obwohl sich Mitte der neunziger Jahre Bundestagsabgeordnete beider Parteien regelmäßig bei einem Bonner Italiener zu treffen begannen.

Zurückhaltend sprach der Grüne Peter Finger am Dienstag im Bonner Rathaus von einer Vernunftfehe. „Doch bekanntermaßen können Vernunftfehen sehr lange halten.“ Auch CDU-Verhandlungsführer Benedikt Hauser ist überzeugt davon, dass das Bündnis auf Dauer angelegt ist – und sang gleich in mehreren Variationen das Hohelied der Ökologie. CDU und Grüne nehmen sich vor, Bonn zu einer „Musterstadt der Nachhaltigkeit“ zu machen. Der öffentliche Personennahverkehr soll gestärkt und Bonn bis spätestens 2020 zur „Fahrrad-Hauptstadt“ Nordrhein-Westfalens werden. „Als Sitz des UN-Klimasekretariats wollen wir

Vorbild im Klimaschutz werden“, heißt es in der Vereinbarung.

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen heiße auch, das öffentliche Vermögen zu erhalten und zu mehren. „Deshalb wird sich unsere Haushaltspolitik daran orientieren – gerade angesichts des dramatischen finanzpolitischen Erbes, welches wir vorfinden – Einnahmen und Ausgaben in Ausgleich zu bringen.“ Die Ausgaben Bonns stiegen tatsächlich zwischen 1995 und 2005 viermal so stark wie die Einnahmen. Die 318 000 Einwohner zählende Stadt drücken Schulden in Höhe von mehr als 1,2 Milliarden Euro. Als wichtigstes haushaltspolitisches Ziel nimmt sich Schwarz-Grün vor, einen Notetat zu vermeiden. Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung sei nicht kurzfristig möglich, doch von 2015 an soll mit dem Schuldenabbau begonnen werden. Trotzdem haben sie sich soziale Wohltaten vorgenommen. Die Elternbeiträge für Betreuungseinrichtungen sollen „grundlegend neu und sozial“ gestaltet werden. Kinder aus finanziell benachteiligten Familien sollen in Kitas und Schulen ein kostenloses Mittagessen bekommen.

Es gibt kaum ein ernsthaft strittiges Thema. Beide begrüßen den Bau eines Festspielhauses, den zwei Unternehmen finanzieren. Die Grünen wollen die Bürger im Rahmen eines Ratsbürgerbeschlusses über die Beteiligung der Stadt am Betrieb des Hauses mit entscheiden lassen. Für die CDU ist die Form dagegen noch offen. Zudem hat sich die Union noch nicht entschieden, ob sie für oder gegen einen Abriss der Beethovenhalle ist, den die Grünen ablehnen.

Einig sind sich die Partner, dass Bonn mit dem Rhein-Sieg-Kreis stärker zusammenarbeiten soll. Vorstellbar sei dies nach dem Muster der Städteregion Aachen, die seit Ende Oktober Rechtsnachfolger des Kreises Aachen ist und als Pilotprojekt des Regionsmodells in Nordrhein-Westfalen gilt. Dort gibt es wie auch in der Stadt Aachen und im Rhein-Sieg-Kreis schon ein schwarz-grünes Bündnis. Einer Koalition von CDU und Grünen in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn kommt fünf Monate vor der Landtagswahl allerdings besondere symbolische Bedeutung zu.



Benedikt Hauser

FAZ 10.12.09